

Die Europawahl markiert eine Zäsur

von Ulrich Menzel

Künftige Wahlanalysen werden in der Europawahl eine Zäsur für die deutsche Parteienlandschaft erkennen, weil sich langfristige Trends in nicht mehr zu leugnender Deutlichkeit manifestiert haben. Gemeint ist der Abstieg der Volksparteien, der sich an rückläufiger Mitgliedschaft, Wählerschaft und Überalterung ablesen läßt. Diese Trends haben in den letzten Monaten einen Schub bekommen durch die Klimaaktivistin Greta Thunberg, die Fridays for Future und das Video des Youtubers Rezo – Foren, auf denen die alten Parteien besonders alt aussehen. Sie haben sogar vermocht, den Trend, der durch Flucht, Brexit und Perspektivlosigkeit den neuen Bundesländern befeuert wurde, zu überlagern.

Fünf Ergebnisse sind bemerkenswert. (1) Die Wahlbeteiligung ist von 29,8 Mio (2014) auf 37,8 Mio bzw. von 48,1 auf 61,4 % gestiegen. Viele haben erkannt, daß Europa zu wichtig ist, um es den neuen Nationalisten und Euroskeptikern auszuliefern. (2) Klimawandel, Artensterben und Plastikmüll haben die Jugend mobilisiert und eine Politisierung erzeugt, wie sie Deutschland seit 1968 nicht mehr erlebt hat. (3) Die SPD hat, obwohl 8 Mio. Stimmen mehr abgegeben wurden, 2 Mio. verloren, ist mit 15,8 % keine Volkspartei mehr. Abgeschwächt gilt der Befund für die CDU, die 400.000 verloren hat und bei 22,6 % gelandet ist. (4) Die Grünen sind dabei, Volkspartei zu werden, weil sie mit 4,5 Mio. neuen Stimmen bei 20,5 % gelandet sind und weil sie diese bei den Jungen und Erstwählern geholt haben, die bei der Stange bleiben und neue Erstwähler nach sich ziehen. Die AFD hat beachtliche 2 Mio. hinzugewonnen, mit 11 % aber gemessen an ihren Erwartungen ein enttäuschendes Ergebnis erzieht, ist aber im Osten Volkspartei geworden. Nur rekrutiert sie ihre Wählerschaft eher bei Älteren und Nichtwählern. (5) Die Karte der Verteilung des Wahlergebnisses mit ihrer Einfärbung illustriert die Trends. Das Schwarz der Union dominiert zwar die Landkarte, doch reichen vielfach 28 % zur stärksten Partei, wo früher 35-45 % nötig waren. Das Rot der ehemaligen SPD-Hochburgen ist bis auf Reste in Nordhessen, im nördlichen Ruhrgebiet oder in Salzgitter verschwunden. Das Grün dominiert die Großstädte von Berlin, Hamburg und München bis Köln, Düsseldorf, Hannover, Braunschweig und Stuttgart sowie sämtliche Universitätsstädte, darunter sogar Leipzig, Jena und Rostock. Das Blau

der AFD prägt die neuen Bundesländer, besonders den Süden und Osten des Ostens. Dort kommt sie vielfach auf eine Größenordnung von 30-35 %, die nur noch durch eine ganz große Koalition in Schach gehalten werden kann.

Was sind die Ursachen? In der Parteienforschung geht man davon aus, daß Massenparteien sich an gesellschaftlichen Konfliktlinien orientieren müssen. Die klassischen waren die zwischen Kapital und Arbeit, Staat und Kirche, Stadt und Land sowie Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft. Ferner müssen sie eingebettet sein in soziale Milieus, die für ihre Stabilität sorgen. Das gewerkschaftliche Milieu für die SPD, das kirchliche für die Union waren die wichtigsten. Aufgrund des Strukturwandels von der Agrar- über die Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, von Säkularisierung, Globalisierung und Digitalisierung sind die alten Konfliktlinien stumpf geworden, haben sich die alten Milieus aufgelöst, ablesbar am Mitgliederschwund von Gewerkschaften und Kirchen. An deren Stelle sind neue Konfliktlinien getreten, zwischen Ökologie und Ökonomie, zwischen Gewinnern und Verlierern der Globalisierung, haben sich neue Milieus gebildet – das Grüne aus den zivilgesellschaftlichen Gruppen, das Nationalistische aus den Vorfeldorganisationen der AFD. Gegenüber dem Neuen verhalten sich die alten Parteien indifferent, weil sie auf ihre strukturkonservative Klientel Rücksicht nehmen müssen. Teil der neuen Milieus zu werden, macht sie unglaublich, wie die peinliche Reaktion der CDU auf den Youtuber Rezo zeigt. Die Angebote für die Jüngeren, Netzaffinen, Gebildeteren und Umweltbewußten machen die Grünen, die Angebote für die Abgehängten und Vereinigungsverlierer, die wie die Trump-Wähler und Brexit-Befürworter im neuen Nationalismus die Rettung sehen, die AFD.